



Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

nach einer schweren Auseinandersetzung haben sich CDU und CSU in dieser Woche auf ein gemeinsames Vorgehen gegen die Sekundärmigration verständigt. Das Ergebnis stärkt den europäischen Zusammenhalt. Kein Alleingang, sondern in Absprache mit unseren Nachbarn setzen wir die Maßnahmen um. Das ist uns als CDU und mir persönlich sehr wichtig. Der Masterplan von Bundesinnenminister Horst Seehofer und die europäischen Beschlüsse sowie Abkommen mit unseren europäischen Nachbarn bilden jetzt den Rahmen. Das sind wichtige Schritte zur Steuerung und Ordnung der Migration. Die Vereinbarung zwischen CDU und CSU können Sie hier nachlesen: <http://kurzelinks.de/zwcc>.

In dieser Woche haben wir auch den Haushalt für das Jahr 2018 verabschiedet. Die Ausgaben liegen bei 343 Milliarden Euro, die Investitionen steigen um sechs auf 40 Milliarden Euro. Der Haushalt trägt klar die Handschrift der Union. Das fünfte Jahr in Folge machen wir keine neuen Schulden. Wir steigern die Ausgaben und die Investitionen sind auf Rekordniveau: Mehr Geld für schnelles Internet, mehr sozialer Wohnungsbau, Einführung des Baukindergeldes, mehr Geld für Bildung, Familien und ländliche Räume sowie zur Verbesserung der Pflege. Das ist generationengerechte Politik für Deutschland. Besonders wichtig ist uns die Sicherheit in unserem Land. Bundespolizei, Zoll und das Bundeskriminalamt erhalten mehr Personal.

Auch der Etat meines Ressorts steigt zum insgesamt vierten Mal in Folge um 1,6 auf 38,5 Milliarden Euro. Wir reagieren damit auf eine völlig veränderte Sicherheitslage. In den vergangenen Wochen haben wir den Entwurf nachgebessert: Für Ausrüstung, Versorgung und Ausbildung unserer Soldatinnen und Soldaten investieren wir zusätzlich 43 Millionen Euro, für die Cybersicherheit 13 Millionen und für die Bundeswehruniversitäten 11 Millionen Euro mehr. Das ist ein gutes Zeichen an unsere Soldatinnen und Soldaten. Die Bundeswehr braucht die Mittel, um die Trendwenden Personal, Material und Finanzen umzusetzen, hohle Strukturen zu beseitigen und Vollausstattung zu gewährleisten. Die Bundeswehr wächst wieder. Wir sind mit diesem Haushalt auf dem Weg zum 2% Ziel. Wir stehen zu diesem Ziel und übernehmen Verantwortung. Das werde ich auch unseren Partnern in der kommenden Woche auf dem NATO-Gipfel in Brüssel mitteilen.

In der vergangenen Woche habe ich das *German Institute for Defence and Strategic Studies (GIDS)* in Hamburg eröffnet. Das GIDS bündelt fachliche Expertise und wissenschaftliche Exzellenz in einer Denkfabrik für die Bundeswehr. Wir müssen strategiefähiger werden, wenn wir verantwortlich gestalten wollen. In einer immer komplexeren Welt kann Politik das nicht allein. Durch das GIDS und den aktuellen Haushalt wird klar: Wir stanno jetzt voll aus und rüsten uns gleichermaßen für die Aufgaben der Zukunft.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 02. bis 06. Juli 2018

Im Plenum diskutierte das Parlament den Beschluss des Haushaltsausschusses für das Haushaltsgesetz 2018. In der Schlussdebatte am Donnerstag wurde das Haushaltsgesetz verabschiedet.

Bundesministerium der Verteidigung

Die Koalition hat das Budget um 26,4 Millionen Euro auf insgesamt 38,52 Milliarden Euro angehoben. Die zusätzlichen Mittel gelten der Verbesserungen bei Verpflegung, Digitalisierung und der Bundeswehruniversitäten. 13 Millionen Euro davon sind für das Team, das gegen Bedrohungslagen im Cyberraum vorgeht. Um Flexibilität bei der Beschaffung zu erreichen, eröffnet das Haushaltsgesetz 2018 die Möglichkeit, nicht ausgegebene Mittel in Höhe von bis zu 500 Millionen Euro zurückzulegen. Im Folgejahr können die Mittel zur Finanzierung zusätzlicher Ausgaben genutzt werden.

Bundesministerium der Finanzen

Der Haushaltsausschuss hat den Einzelplan auf 6,55 Milliarden Euro aufgestockt. Insbesondere der Zoll wird mit rund 1.400 zusätzlichen Stellen verstärkt.

Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Der Haushaltsausschuss erhöhte den Etat um 204,7 Millionen auf 27,9 Milliarden Euro. Es werden zusätzliche 95 Millionen Euro für die Verbesserung der Luftqualität bereitgestellt.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Der Haushaltsausschuss hat eine Aufstockung des Budgets um 6,25 Millionen Euro auf 1,97 Milliarden Euro beschlossen. Aufgrund der Verlagerung der Zuständigkeit für Bau schrumpft der Etat um 3,1 Milliarden Euro.

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Der Haushaltsausschuss erhöht den 2. Regierungsentwurf um knapp 10,2 Millionen Euro

auf 6 Milliarden Euro. Das Programm für ländliche Entwicklung wird mit 55 Millionen Euro fortgesetzt. Ausgabenschwerpunkt ist das agrarsoziale Sicherungssystem mit 4 Milliarden Euro.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Die Koalition hat im Haushaltsausschuss den Etat um 21,9 Millionen Euro auf 10,22 Milliarden Euro angehoben. Rund 6,7 Milliarden Euro entfallen davon auf das Elterngeld als wichtigste Leistung.

Bundesministerium für Gesundheit

Der Einzelplan erhöht sich aufgrund des parlamentarischen Verfahrens um 6,6 Millionen Euro auf 15,2 Milliarden Euro. Größter Posten ist der Zuschuss zur Entlastung der Kassen von versicherungsfremden Leistungen.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Der Haushaltsausschuss erhöht den Etat auf 9,441 Milliarden Euro. Dies ist ein Ausgabenanstieg von 978,5 Millionen Euro. Mit dem vorliegenden Bundeshaushalt wird die ODA-Quote bei 0,5 Prozent stabilisiert.

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat

Die Mittel sind um 375,1 Millionen Euro auf 14,13 Milliarden Euro aufgestockt worden. Für das Baukindergeld sind im laufenden Jahr 263 Millionen Euro vorgesehen sowie eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 3 Milliarden Euro. Für den Bereich "Innere Sicherheit" stellt der Bund den Höchstwert von rund 5,4 Milliarden Euro bereit. Dabei hat die Koalition mit der Umsetzung der 7.500 zusätzlichen Stellen bei den Sicherheitsbehörden begonnen, u.a. mit 3.075 Stellen bei der Bundespolizei und 525 Stellen beim Bundeskriminalamt. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhält knapp 1.650 zusätzliche Stellen sowie eine Entfristung von fast 4.500 Stellen. Das erfolgreiche Programm "Kriminalprävention durch Einbruchsicherung" wird auf 65 Millionen Euro erhöht.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Das Budget wurde gegenüber dem Entwurf um 583,7 Millionen Euro auf 139,2 Milliarden Euro abgesenkt. Grund hierfür sind vor allem um 500 Millionen Euro geringere Ausgabenansätze für das Arbeitslosengeld II. Der größte Einzelplan beläuft sich damit auf 139,18 Milliarden. Damit soll 150.000 Langzeitarbeitslosen eine Perspektive gegeben werden.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Der Etat wird um 2,9 Millionen Euro auf 8,11 Milliarden Euro aufgestockt. Die Maßnahmen des Plans sind vor allem auf die Stärkung des Mittelstandes ausgerichtet.

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Der Haushaltsausschuss hat den Entwurf auf 17,61 Milliarden Euro angehoben. Um die Gleichwertigkeit der beruflichen Bildung mit dem Studium zu unterstreichen, sollen Auszubildende die Möglichkeit haben, einen Teil ihrer Ausbildung innerhalb und außerhalb der Europäischen Union zu absolvieren.

Aus dem Bundestag

Im Deutschen Bundestag gab es zuletzt häufig einen **Hammelsprung**. Gerne stelle ich Ihnen den Begriff und das Abstimmungsverfahren vor. In den meisten Fällen stimmen die Mitglieder des Deutschen Bundestages durch Handzeichen ab. Dabei werden die Stimmen nicht gezählt, sondern durch optische Mehrheit festgestellt. Wenn der Bundestags- oder die Bundestagsvizepräsidenten keine Mehrheit feststellen können, wird ein Hammelsprung durchgeführt. Bei einem Hammelsprung müssen alle Abgeordneten den Sitzungssaal verlassen und durch eine von drei Türen wieder den Plenarsaal betreten. Über den Eingängen der Türen steht „ja“, „nein“ oder „Enthaltung“. Durch diesen Prozess können die Stimmen ausgezählt werden. Es gibt auch noch einen anderen Grund für den Hammelsprung. Für eine Beschlussfähigkeit des Parlamentes müssen mindestens 50% der Abgeordneten im Plenarsaal sein. Wenn daran

gezweifelt wird, kann es gleichzeitig mit einer Abstimmung zu einem Hammelsprung kommen. Sind nicht genug Abgeordnete im Plenarsaal, schließt der Präsident die Sitzung.

Meine Reden

Rede zum Verteidigungshaushalt 2018 (04.07.2018).

<http://kurzelinks.de/793i>

Aus dem Ministerium

Unterzeichnung der Gründungsurkunde des GIDS



Die nächste Ausgabe des Briefs aus Berlin erscheint am 14. September 2018.

Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt, Bundeswehr: Thorsten Kraat; Bundeswehr: Jonas Weber

Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
www.ursula-von-der-leyen.de